

Zollmeldung | USA | Zolltarif, Einfuhrzoll

USA – Zusatzzölle auf Produkte aus Frankreich wegen Digitalsteuer

Die US-Regierung reagiert auf die von Frankreich seit dem Sommer 2019 erhobene Digitalsteuer.

05.12.2019

Am 2. Dezember 2019 hat der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer einen **Vorschlag** [↗](#) für zusätzliche Zölle von bis zu 100 Prozent auf Produkte mit Ursprung in Frankreich veröffentlicht. Betroffen sind Produkte der Kapitel 4, 22, 33, 34, 42, 69 und 73 des Zolltarifs. Die Liste der Produkte finden Sie im Anhang zu dem Vorschlag. Der Vorschlag ist die Reaktion auf die in Frankreich seit dem Sommer 2019 geltende Digitalsteuer von 3 Prozent auf bestimmte digitale Dienstleistungen international tätiger Internet-Konzerne.

Eine Untersuchung gemäß Abschnitt 301 des „Trade Act of 1974“ sowie eine öffentliche Anhörung waren vorausgegangen. Die Regelungen des Abschnittes 301 finden Anwendung, wenn der US-Handelsbeauftragte entscheidet, dass Handlungen oder Handelspraktiken ausländischer Staaten den Handel der USA mit anderen Staaten belasten oder beschränken. Das Untersuchungsverfahren hatte ergeben, dass die Digitalsteuer sich für US-Internetkonzerne diskriminierend und belastend auswirkt, insbesondere weil sie rückwirkend erhoben wird.

Der Handelsbeauftragte bittet um schriftliche Stellungnahmen zu seinem Vorschlag bis zum 6. Januar 2020 über das Internetportal **Federal Rulemaking Portal** [↗](#). Am 7. Januar 2020 soll eine weitere Anhörung bei der International Trade Commission in Washington stattfinden.

Weitere Informationen finden Sie **hier** [↗](#).

Mehr zu:

USA
Zolltarif, Einfuhrzoll
Zoll

Kontakt

Susanne Scholl

Zollexpertin

 +49 228 24 993 348

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

USA –ZUSATZZÖLLE AUF PRODUKTE AUS FRANKREICH WEGEN DIGITALSTEUER

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.